



Vereinte
Dienstleistungs-
gewerkschaft
Landesbezirk Saar



Alles ist möglich, nichts ausgeschlossen!

Bei den bundesweiten Tarifgesprächen zwischen ver.di und der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TDL) ist es bisher zu keinem akzeptablen Ergebnis gekommen. Deshalb wird es bei den Landesdienststellen im Saarland erneut zu Arbeitskampfmaßnahmen kommen.

Deshalb muss alles vorbereitet werden für Streik und Demonstration am Donnerstag, 19. Mai 2005.

Streikbeginn ab 00.00 Uhr bis 24.00 Uhr.

**Demonstration in Saarbrücken um 16.00 Uhr
Treffpunkt:**

Triererstraße/St. Johanner Straße, 16.00 Uhr.

Abschlusskundgebung vor der Staatskanzlei.

Wenn die saarländische Landesregierung nicht kompromissfähig ist, kommt es zum Streik und Demonstration in Saarbrücken.

Zum Streik aufgerufen sind:

- alle Landesdienststellen,
- die Universität des Saarlandes sowie
- das Universitätsklinikum Homburg !

Die Beschäftigten der Landesdienststellen brauchen neben ihrem eigenen Einsatz aber auch die Unterstützung der Dienststellen des Bundes und der Kommunen, die durch diesen Aufruf zu Solidaritätsstreiks und Aktionen ausdrücklich aufgerufen sind, sich ebenfalls an der Demonstration um 16.00 Uhr in Saarbrücken zu beteiligen.

Die Beteiligung an gewerkschaftlichen Streiks – dazu zählen auch Warnstreiks – ist nach höchstrichterlicher Rechtsprechung zulässig und darf nicht zu arbeitsrechtlichen Konsequenzen führen.



Ich mach mich stark
für meinen Tarifvertrag –
Tarifverträge schützen

TARIFBEWEGUNG
2005

Öffentlicher Dienst

Aufruf zu Streiks und Solidaritätsaktionen

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

die kompromisslose Haltung der Verhandlungsführung der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) hat am frühen Morgen des 25. April 2005 zum Abbruch der Verhandlungen zur Arbeitszeit und den Jahressonderzahlungen geführt. Daran ist auch die Übernahme der mit Bund und Kommunen vereinbarten Tarifreform gescheitert.

ver.di hat die TdL in den Verhandlungen nachdrücklich aufgefordert:

- Die gekündigten Arbeitszeitbestimmungen im Tarifgebiet West und
- die Tarifverträge zum Weihnachtsgeld und Urlaubsgeld in Ost und West wieder in Kraft zu setzen.

Gleichzeitig haben wir über

- die Einführung des einheitlichen Tarifrechts und
- die Einkommensverbesserungen, entsprechend dem Tarifabschluss mit dem Bund und den Kommunen, verhandelt.

Die Verhandlungen scheiterten, weil die Verhandlungsführung der Länder kompromisslos weiter auf einer Verlängerung der Arbeitszeit bis zu 42 Stunden für die Beschäftigten beharrte, die seit 1. Mai 2004 eingestellt wurden und künftig eingestellt werden. Zusätzlich forderten sie eine Öffnungsklausel, um die Arbeitszeit für alle auf bis zu 42 Stunden regional verlängern zu können. Die Länder wollen auch das von ihnen abgesenkte Weihnachtsgeld und Urlaubsgeld beibehalten.

Wir lehnen eine Verlängerung der Arbeitszeit ab!

Alle Kompromissvorschläge von ver.di für eine Lösung des Tarifkonflikts,

- die Arbeitszeit für die im tariflosen Zustand eingestellten Beschäftigten zeitlich gestaffelt auf 38,5 Stunden bis Ende 2007 zurückzuführen,
- bei der Einmalzahlung durch Staffelung länderspezifischen Bedürfnissen entgegenzukommen,
- für den Bereich der wissenschaftlich Beschäftigten Kompromisse zu suchen und
- für den Bereich der Lehrer mit der GEW unter Beachtung des Grundsatzes „keine Besser- oder Schlechterstellungen“ tarifliche Regelungen zu verhandeln

wurden von der TdL rigoros zurückgewiesen.

Die Länder waren in den Verhandlungen nicht bereit einen fairen Interessenausgleich zu finden. Sie wollen die Bedingungen diktieren und auf den Rücken der Beschäftigten Kosten sparen und Arbeitsplätze abbauen.

Wir fordern:

- Die Wiederinkraftsetzung der Tarifverträge zum Weihnachtsgeld und Urlaubsgeld in Ost und West.
- Den Erhalt der 38,5 Stunden-Woche in West und der 40 Stunden-Woche in Ost.
- Die Wiederinkraftsetzung der gekündigten Arbeitszeitbestimmungen im Tarifgebiet West.

Deshalb rufen wir auf:

Beteiligt euch an den saarländischen Streiksaktionen und Solidaritätsaktionen zur Durchsetzung unserer Forderungen!

Wir wollen auch, dass

- das neue Tarifrecht des öffentlichen Dienstes auf die Länder übertragen und
- die Einkommen erhöht werden!

Wir wollen auch für die Ländern verbindliche Tarifverträge!

Die Beschäftigten der Länder dürfen nicht abgehängt werden!

Mit Streiks und Solidaritätsaktionen werden wir uns gegen das Diktat der Länder wehren!

Wir müssen aktiv werden und die Länder mit Streiks und Aktionen weiter unter Druck setzen, damit wir unsere Ziele erreichen!



Vereinte
Dienstleistungs-
gewerkschaft